Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WM/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Clown der Oligarchen: Johnson übersteht Misstrauensvotum
2. Misstrauensvotum gescheitert: Schwedens Regierung bleibt im Amt
3. Ein Moderator sieht rot
4. Die Finanzmacht treibt in den Krieg
5. Putin gegen die „regelbasierte Weltordnung“?
6. Deutschlandexperte Kamkin im RT-Interview: BRD ist “Vasallenstaat” im Dienst eines “Schurkenstaates”
7. Ukraine-Krieg: Drang zum eindeutigen Bekenntnis
8. Eine neue Generation von in den USA ausgebildeten Extremisten kämpft gegen Russland.
9. FDP-Veteran Baum wirft seiner Partei Coronapopulismus vor
10. Tesla plant offenbar massiven Stellenabbau
11. Es geht los: Die erste Regierung führt digitale Bezahldaten und Kassenbons zusammen
12. Das Plastikprobem des roten Riesen
13. Orientierungslos in Beirut
14. Rekordverdächtige Menge an Methamphetaminpillen in Asien beschlagnahmt
15. Sorgfalt unerwünscht

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Clown der Oligarchen: Johnson übersteht Misstrauensvotum**
   Der bürgerliche Politikbetrieb hat schon seit vielen Jahren das Niveau einer Seifenoper erreicht. […]
   Dies trifft nicht erst dieser Tage in einem besonderen Ausmaß auf Großbritannien zu.

Mit ihrem Misstrauensantrag haben konservative Politiker am Montag ein neues Kapitel in der Komödie um Boris Johnson aufgeschlagen. Der spielt weiter zuverlässig seinen Part als Clown, indem er sagt: »Ich würde es wieder genauso machen.« Johnson ist ein Horrorclown, kein lieber Clown. An seinen Fingern klebt allein in England das Blut von über 155.000 Covid-Toten. Zwei Millionen Menschen haben laut einer Analyse der NGO »Food Foundation« im April auf Mahlzeiten verzichtet, weil sie sich das Essen aufgrund der galoppierenden Inflation nicht mehr leisten konnten. Laut derselben Studie ist die Zahl jener Menschen, die regelmäßig hungern, innerhalb der vergangenen drei Monate um 57 Prozent gestiegen.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **Selenskij: "Sehr glücklich", dass Johnson Misstrauensvotum überstanden hat**
Erleichterung machte sich am Montagabend nicht nur in London, sondern auch in Kiew breit: Wie der britische Premier zeigte sich auch der ukrainische Präsident erleichtert. Wladimir Selenskij und seine Berater freuten sich überschwänglich über das Abstimmungsergebnis. […]
So nannte Selenskij Johnsons knappen Sieg am Montagabend eine "großartige Nachricht", während er per Video zu einer Veranstaltung der Financial Times am Dienstag zugeschaltet war. "Ich bin froh, dass wir einen sehr wichtigen Verbündeten nicht verloren haben. Das ist eine großartige Nachricht", meinte der ukrainische Präsident.
Johnson hatte noch vor der Abstimmung am Montag mit Selenskij gesprochen. Von der britischen Regierung war unterdessen bestätigt worden, dass sie eine ungenannte Zahl von M270-Raketenwerfern in die Ukraine liefern werde.
Quelle: RT DE

2. **Misstrauensvotum gescheitert: Schwedens Regierung bleibt im Amt**
Mitten im Streit um die NATO-Aufnahme mit der Türkei und drei Monate vor den Parlamentswahlen hat Schweden eine Regierungskrise vorerst abgewendet. Ein von den rechtsnationalen Schwedendemokraten beantragtes Misstrauensvotum gegen Innen- und Justizminister Morgan Johansson scheiterte am Dienstag im schwedischen Parlament äußerst knapp an der nötigen Mehrheit. Insgesamt 174 Abgeordnete entzogen dem Minister ihr Vertrauen.
Notwendig wären 175 Stimmen gewesen, um Johansson zu stürzen. Für den Fall hatte Ministerpräsidentin Magdalena Andersson mit ihrem Rücktritt und dem ihrer gesamten Regierung gedroht. Das hätte Schweden wenige Wochen nach seinem Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft in eine tiefe Regierungskrise gestürzt, die auch

Folgen für das NATO-Prozedere gehabt hätte. Mitte September wird in Schweden gewählt, bis dahin wäre dann das skandinavische EU-Land wohl von einer Übergangsregierung ohne umfassende Befugnisse geführt worden.
Quelle: RT DE

dazu auch: **NATO oder Neutralität (II)**
Teile der politischen Eliten in den letzten neutral verbliebenen Staaten Europas nutzen den Ukraine-Krieg, um die Neutralität ihrer Länder in Frage zu stellen. Die Schweiz bereitet eine engere Zusammenarbeit mit dem westlichen Militärpakt vor; ihr Präsident spricht von einer „kooperativen Neutralität". Auch in Österreich werden Forderungen nach einer „Debatte ohne Scheuklappen" über die Frage laut, ob das Land an seiner offiziellen militärischen Neutralität festhalten soll. Faktisch ist diese freilich längst genauso ausgehöhlt wie diejenige der Schweiz. Letzteres trifft auch auf Irland zu, wo sich laut Umfragen inzwischen 48 Prozent der Bevölkerung einen NATO-Beitritt vorstellen können. Der ehemalige Ministerpräsident Leo Varadkar plädiert für ein Referendum über eine irische Beteiligung an einer künftigen EU-Armee, die wiederum eng mit der NATO kooperieren soll. Auch auf Malta wird die Neutralität in wachsendem Maß kritisiert. In Dänemark wiederum hat ein Referendum in der vergangenen Woche dem bisherigen opt-out des Landes aus der EU-Militärpolitik ein Ende gesetzt.
Quelle: German Foreign Policy

3. **Ein Moderator sieht rot**
   Markus Lanz hatte am Donnerstag Ulrike Guérot in seine Talkshow zum Thema Ukraine eingeladen. Der Moderator verlor im Verlauf der Sendung rasch jede Contenance, verließ seine journalistische Rolle und mutierte zum Angreifer, nachdem Guérot Fragen zu den Kriegszielen gestellt und einen Waffenstillstand statt Waffenlieferungen gefordert hatte.
   Dass Medien eine weitere Intensivierung des Krieges als notwendig darstellen, ist mittlerweile Alltag. Dennoch markierte die Lanz-Ausgabe vom 2. Juni 2022 einen besonderen Höhepunkt. Eingeladen waren unter anderem die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages und seit wenigen Wochen außerdem Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, einer Nato-Lobbyorganisation, sowie Frederik Pleitgen, Sohn des langjährigen WDR-Intendanten Fritz Pleitgen und seit vielen Jahren Senior International Correspondent bei CNN. Als Gegenpart durfte die Professorin für Europapolitik Ulrike Guérot in der Runde Platz nehmen. […]
   Diese Konstellation ist in den letzten Jahren immer mehr zum Standard in den Medien

geworden ist: Man lädt einen Menschen mit abweichender Meinung ein, fährt dann aber eine Breitseite von Gegnern auf, die diesem Gast kollektiv und unmissverständlich klar machen, dass und warum er sich irrt. Darin liegt auch eine Belehrung des Publikums: Schau, so kann es auch Dir ergehen, wenn Du eine andere Meinung öffentlich äußerst.
Das besondere hier: Als Chefankläger in der von zwei Millionen Zuschauern verfolgten Sendung trat der Gastgeber persönlich auf.
Dazu kommt vielfach die Ersetzung von Logik durch moralische Empörung. […]
Einigkeit herrschte in der Guérot gegenüberstehenden Runde darüber, dass die USA alles versucht hätten, diesen Krieg zu verhindern. […]
Als Guérot versuchte, an die Vorgeschichte des Krieges zu erinnern und dabei die Jahreszahlen 2008 und 2014 nannte, platzte dem Moderator der Kragen: „Das hilft uns doch heute nicht weiter“, was er mit einer Wiederholung des Satzes „Da sterben Menschen“ ergänzte. Guérot entgegnete, die Frage sei, was vorher stattgefunden habe. Sie erwähnte den von der OSZE registrierten massiven Beschuss im Donbass ab Mitte Februar und fragte: „Ist Putin das alleinige Übel?“ – „Die Antwort ist: ja!“, platzte es da unvermittelt aus Lanz heraus.
Quelle: Multipolar

dazu: **Programmbeschwerde – Markus Lanz vom 2. Juni 2022**
Sehr geehrte Damen und Herren Fernsehräte,
hiermit erheben wir formal Beschwerde gegen die Ausgabe des Talkformates Markus Lanz vom 2. Juni 2022 wegen Verstoßes gegen die Programmrichtlinien des ZDF, gegen die Vorgaben des Staatsvertrages und gegen die eigenen internen Richtlinien in Programmangelegenheiten.
(…) Wird in einer Ihrer Grundregeln für die Zusammenarbeit im ZDF beispielsweise explizit ausgeführt, dass kein Mitarbeiter Sachangaben und Meinungen zu unterdrücken habe, die zu einer angemessenen und wahrheitsgetreuen Information gehören, passierte in der beanstandeten Sendung das glatte Gegenteil.
Lobbyismus (Strack-Zimmermann), Fanatismus (Pleitgen) und komplette Ahnungslosigkeit (Lanz) über Verlauf und Hintergründe des Ukrainekonfliktes trafen auf eine kritische Wissenschaftlerin (Guérot), die seit über 30 Jahren das Geschehen und die Geschicke Europas begleitet und in vielen Funktionen mitgestaltet hat.
Dass es bei dieser intellektuell und reputativ ungleich ausgestatteten Runde dazu kommen konnte, dass eben diese Wissenschaftlerin von Moderator und o. g. Gästen geradezu hyperaktiv sowohl an der Beantwortung eigens gestellter Fragen als auch an ihren Ausführungen zum Thema gehindert wurde, spricht für Vorsatz. […]
Seit geraumer Zeit ist eine Tendenz in der Berichterstattung und im Umgang mit

abweichenden Meinungen zu beobachten, die den inneren Frieden im Land zerstört und die gesellschaftliche Spaltung vorantreibt. Gerade die politischen Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender verfügen sowohl über die Infrastruktur als auch die Reichweite, um dem interessierten Publikum widerstreitende Meinungen abzubilden, die in einer funktionierenden Demokratie selbstverständlich sein sollten. Stattdessen versinken viele dieser Runden in einem surrealen Einheitsbrei, der eben nicht die Gesellschaft abbildet und von den journalistischen Kriterien Neutralität, Objektivität und Unparteilichkeit weiter denn je entfernt ist. […]
Divergierende Meinungen zu brisanten Themen des Zeitgeschehens dürfen in einer demokratisch und zivilisiert verfassten Gesellschaft nicht dazu führen, dass sich aus dem Austausch handfeste Feindschaften bis hin zur gesellschaftlichen Ächtung einer Person entwickeln. Gerade diese unerfreuliche Entwicklung vollzieht sich nun seit über zwei Jahren mit besorgniserregender Dynamik. Frieden, Freiheit und Sicherheit sind dadurch gefährdet, insbesondere der innere Friede steht bedrohlich auf der Kippe. Die Verständigung unter den Völkern schließt zudem per Definition kein Volk aus, auch nicht das russische.
Das ZDF sollte dringend an diesen Defiziten arbeiten, oder seine Rechtsgrundlagen den gegebenen Umständen anpassen.
Quelle: Ständige Publikumskonferenz

dazu auch: **Offener Brief an Markus Linden, Universität Trier, an die Feuilleton-Redaktion der FAZ, an den Rektor der Universität Bonn, Prof. Dr. Michael Hoch, zur Polemik gegen Ulrike Guérot in der FAZ am 4. Juni 2022 von Markus Linden**
Die kritischen Stimmen, die seit Beginn der großen Inszenierung der Pandemie sich gemeldet haben, die, wie Ulrike Guérot, es bis in die Medien des Establishments gebracht haben, sind der FAZ ein besonderer Dorn im Auge. Und nun auch mit dem Krieg in der Ukraine gibt es Stimmen, die das ganze anders sehen als die Regierung und mit ihr die FAZ. Es scheint für sie höchste Zeit, jetzt wo sich immer mehr Kritiker der Regierungen melden, wo immer mehr Schaden der Politik offensichtlich wird, wo immer mehr Regierungen aus dem Kampfbund der Willigen ausscheren, und Durchhalteparolen nötig werden. In Bezug auf den Ukraine-Krieg beklagt Frau Baerbock bereits „Kriegsmüdigkeit“ (“Wir haben einen Moment der Fatigue erreicht”), aber trotzdem müssten wir die Sanktionen aufrechterhalten. Jetzt also muss jedes Mittel recht sein, die „Ikonen“ der Bewegung, wie die FAZ schreibt, zu zerschlagen und vom Sockel zu stoßen.
In einem Beitrag im Feuilleton der FAZ vom 4. Juni zieht Markus Linden, Politikwissenschaftler an der Universität Trier, alle Register der Diffamierung,

Unterstellung, Abqualifizierung der Stellungnahmen und Veröffentlichungen von Ulrike Guérot, Inhaberin eines Lehrstuhls für Europapolitik an der Universität Bonn. Den Stein ins Rollen gebracht hat bereits das Bonner Studentenparlament unter Führung von Jusos, die Frau Guérot vor kurzem an den Pranger gestellt haben und ihr ihre Äußerungen verbieten wollten. Dem folgte die Sendung bei Markus Lanz, in der er sie in respektloser Weise zerpflückte, ihr keine Chance gab, seinen Behauptungen, Unterstellungen zu entgegnen. […]
Bei Guérot versucht es der FAZ-Autor unter der Gürtellinie: Er bezichtigt sie der Halbwahrheiten und Falschheiten, wirft den Plagiatsvorwurf in den Raum, der stets eine Aufforderung zur Hetzjagd bis zur Vertreibung bedeutet. […]
So ist der Beitrag in der FAZ eine Dokumentation des Ungeistes, der die öffentliche Diskussion ergriffen hat, von dem sich aber zumindest Angehörige einer Universität fernzuhalten haben.
Gerade Universitäten müssen an ihren gesellschaftlichen Auftrag gemahnt werden. Wir fordern die Universität Bonn auf, sich entschieden vor ihre Kollegin Frau Guérot zu stellen.
Quelle: weltexperiment

und: **Ulrike Guérot bei Markus Lanz: Wer für den Frieden ist, ist jetzt auch Feind**
Die Cancel Culture ist aus dem Kulturbereich über Corona in die Kriegsthematik geschlüpft. Neueste Zielscheibe: die Bonner Politikprofessorin Ulrike Guérot.
Die Sendung vom 2. Juni war ein weiterer Tiefpunkt bei der Erfüllung des Sendeauftrags der Öffentlich-Rechtlichen, nämlich ein diverses Meinungsspektrum zu einem Thema abzubilden. Die Bonner Politikprofessorin und Bestsellerautorin Ulrike Guérot war offenbar nur zu einem Zweck eingeladen worden: nämlich um ein Exempel an ihr zu statuieren.
Ihre Position ist dabei eigentlich harmlos, sie stellt vor allem Fragen: Worum geht es? Was ist überhaupt die Interessenlage? Was ist das Ziel des Krieges? Im Kern forderte sie: Wir müssen zu den Ursprüngen dieses Konflikts vordringen und einen Weg hin zum Frieden bauen. […]
Die Zeichen stehen auf Krieg, weil die Interessenlage auf Kriegskurs steht. Natürlich ist der Russland-Ukraine-Konflikt auch ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland. […]
Guérot ist der neue Kimmich, der nächste Punchingball der Nation. Werden dabei nun auch alle wieder brav mitmachen? Konditioniert worden ist die Medienöffentlichkeit jedenfalls auf dieses Spiel. Erst Kulturkampf, dann Krieg gegen das Virus, jetzt Krieg gegen Russland.

Und immer starb zuerst die freie Debatte.
Quelle: Berliner Zeitung

4. **Die Finanzmacht treibt in den Krieg**
   Das Privateigentum erhält durch die unbegrenzte Geldmenge eine Dimension, die über die Realität hinausgeht. Der Eigentumsbegriff wird dadurch ins Immaterielle ausgedehnt. Geld in diesem Überfluss hat keinen materiellen Wert, aber es hat Macht über Wirtschaft und Politik. […]
   Alle Staaten, die den US-Dollar als Leitwährung anerkennen, insbesondere Saudi-Arabien, beteiligen sich an der Finanzierung der US-Militärpräsenz. Die Chinesen haben das jetzt revidiert.
   Das US-Militär hat die Aufgabe, zu verhindern, dass große oder reiche Länder den US-Dollar nicht mehr als Leitwährung anerkennen, insbesondere, wenn sie Ölquellen besitzen. So geschah es mit Irak und Libyen, es wurde versucht in Syrien. Auf der Liste der Widerspenstigen stehen Venezuela und Iran und an erster Stelle Russland. Mit der riesigen überschüssigen Geldmenge würden Investoren gerne an das russische Öl und die Bodenschätze in Sibirien. Aber die Quellen und Minen sind in Staatsbesitz und werden nicht verkauft. Russland verkauft nur Öl und Gas, auch Diamanten und Erze, aber keine Lagerstätten. Unter Jelzin war das anders, da haben Oligarchen sich das Staatseigentum gegriffen und an den Westen verscherbelt. Der Nachfolger Putin hat das Spiel durchschaut und damit Schluss gemacht. Auch China erkennt den Dollar nicht mehr als Leitwährung an und wird jetzt von den USA bedroht: Flugzeugträger im Chinesischen Meer und andere Aktivitäten der USA.
   Quelle: Ossietzky

   dazu: **Wir brauchen mehr USA-Versteher!**
   Das zweite Schlüsselelement heißt: »Verteidigung und Förderung der liberalen internationalen Ordnung«, vulgo Schutz und Verbreitung des Kapitalismus. Danach kommt die »Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten« – im Ausland versteht sich, denn es geht ja um außenpolitische Prinzipien: »Freedom & Democracy« eignen sich immer gut als Legitimation, wenn man irgendwo einmarschieren will. Siehe Vietnam, Grenada, kubanische Schweinebucht, Irak usw. Wenn es um geopolitisch nützliche Diktaturen geht, dann treten Prinzipien wie Freiheit und Demokratie plötzlich in den Hintergrund. Das vierte Schlüsselelement der US-Außenpolitik: Es soll die Entstehung regionaler Hegemonialmächte in Eurasien verhindert werden.
   Quelle: nd

5. **Putin gegen die „regelbasierte Weltordnung“?**

Der laufende Ukraine-Krieg ist Anlass für ein paar grundsätzliche Überlegungen zum Zusammenhang von Geschäft und Gewalt.
Der russische Krieg in der Ukraine dauert jetzt hundert Tage. Tausende Menschen sind gestorben – Ukrainer wie Russen. Millionen Ukrainer sind auf der Flucht. Häuser sind zerstört, ebenso Brücken, Bahnlinien, Umspannwerke, viel materieller Reichtum. Warum das alles? Dumme Frage, Putin natürlich! Er ist der „Aggressor", der „brutal das Völkerrecht bricht", schwerste Kriegsverbrechen direkt aus seinem Amtssitz anordnet, mit einem Wort: Er ist der „böse Mann", der diese ansonsten friedliche Welt massiv stört und deshalb niedergerungen werden muss. Russland muss „ruiniert werden" (Baerbock), Putin und Lawrow als die Hauptverantwortlichen vor „Gericht gestellt" (von der Leyen).
Und dann? Dann ist alles wieder gut? Sind Zweifel erlaubt an dieser Kinder-Vorstellung?
Verteidigung gut, Aggression böse?
Da ist zum Beispiel die Frage, ob „Aggression" und „Verteidigung" überhaupt sinnvolle Kategorien sind. In dieser Welt stehen sich immerhin Staaten gegenüber, die ihre Interessen auf dem gesamten Globus verfolgen und demzufolge auch „verteidigen". Erinnern wir uns noch daran, dass die deutsche Freiheit „am Hindukusch verteidigt" werden musste? Wieso eigentlich? Dass die Nato, die dem russischen Präsidenten Gorbatschow versprochen hatte, „not an inch" nach Osten zu rücken, seit 1990 1000 Kilometer Richtung Moskau voran gekommen ist und ihr sowieso größtes Militärbündnis der Weltgeschichte dabei um 14 Staaten vergrößert hat – Staaten, die sie nun natürlich „schützen" muss, wenn das dem von Verfolgungswahn befallenen „Irren im Kreml" nicht ganz so gut gefällt.
Völkerrechtsbruch: Messen mit zweierlei Maß?
Da ist zum Beispiel die Frage, ob Politik und Mainstream-Medien Russland deshalb Tag für Tag so laut seinen „brutalen Völkerrechtsbruch" vorwerfen, weil „Völkerrechtsbruch" für Nato-Staaten eine ziemlich normale Angelegenheit ist: Kosovo 1999, Afghanistan 2001, Irak 2003, US-Aktionen in Syrien nach 2011 – um nur einige zu nennen. Die selbstverständlich ebenfalls völkerrechtswidrigen Dauer-Kriege westlicher Verbündeter und Waffenempfänger Türkei, Israel und Saudi-Arabien, ihre Toten und ihre Verwüstungen schaffen es ja sowieso kaum in den Mainstream-Diskurs…
Quelle: Overton Magazin

6. **Deutschlandexperte Kamkin im RT-Interview: BRD ist "Vasallenstaat" im Dienst eines "Schurkenstaates"**
Immer mehr russische Journalisten und Experten äußern sich deutschlandkritisch. Inzwischen fallen auch recht harsche Töne, die an die Ressentiments in und nach den

Zeiten des Zweiten Weltkrieges erinnern. Ob die Beziehungen zu Deutschland nun irreparabel geworden sind, darüber sprach RT mit dem russischen Deutschland-Experten Alexander Kamkin.
Alexander Kamkin: “Satanowski hat gewissermaßen Recht. Viele in Russland verstehen nicht, warum der Westen und insbesondere Deutschland, wo Rechtsradikale von der Politik, den Medien und der Zivilgesellschaft verfolgt werden, in Bezug auf die Neonazis in der Ukraine auf dem ‘rechten Auge’ blind sind. Die Fackelzüge der Bandera-Anhänger finden in der Ukraine seit vielen Jahren statt, und die deutschen Medien haben das nie irgendwie erörtert oder kritisiert. Das Gleiche gilt für das Erwachen des Neonazismus in den baltischen Staaten.
Es geht um eine ganz markante doppelte Moral. Die Position Deutschlands – insbesondere nach dem Beginn der Sonderoperation Russlands – wird von vielen Leuten in Russland kritisiert. Gerade die Worte des Bundeskanzlers Olaf Scholz, die er bei seinem vorläufig letzten Treffen mit Wladimir Putin machte – nämlich: er glaube nicht, dass im Donbass ein Völkermord passiere – hat Stimmungen erzeugt, die kritisch gegenüber Deutschland und gegenüber Scholz sind. Damit kann man sagen, dass die Position von Herrn Satanowski nicht die Position eines politischen Einzelgängers ist. Die antideutschen Stimmungen haben schon etwas zugenommen. Eine in Moskau lebende deutsche Bekannte von mir sagt, dass die Leute nicht besonders freundlich gucken, wenn sie hören, dass jemand auf Deutsch redet.
Auch die Trennung von Deutschland und Russland spielt eine Rolle. Viele deutsche Firmen verlassen den russischen Markt, und das macht die russischen Arbeiter dort arbeitslos. Das macht die antideutschen Stimmungen noch intensiver.
Quelle: RT DE

dazu auch: **Geschichtliche Aufgabe versemmelt**
Nach einem vorab bekannt gewordenen »Strategiepapier«, das die FAZ am 13. Mai der deutschen Öffentlichkeit vorstellte, will die Europäische Union bis zum Jahre 2027 »unabhängig von russischem Gas, Öl und russischer Kohle« werden. Ziel sei eine »Entkoppelung« von Russland, für die in den kommenden fünf Jahren 195 Milliarden Euro bereitgestellt werden sollen.
Die EU und die USA nehmen immer klarer Kurs darauf, zwischen sich und Russland einen eisernen Vorhang hinunterzulassen, durch den schon in naher Zukunft keine Kanne Öl, kein Kubikmeter Gas, kein Weizenkorn und kein Geldschein mehr seinen Besitzer wechseln soll.
Das wäre – von allen friedenspolitischen Aspekten einmal ganz abgesehen – schon unvernünftig genug, wenn es tatsächlich gelänge, das größte Land der Erde mit seinen über 140 Millionen Einwohnern vom restlichen Weltmarkt abzukoppeln. Wer die

Berichterstattung in den letzten Monaten aber aufmerksam verfolgt hat, weiß, dass sich die Verhältnisse in eine ganz andere Richtung entwickeln. Als Ende April der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz Japan besuchte, war zu lesen, dass er damit das Land stärken wolle, das sich als einziges außer drei anderen Ländern des asiatischen Kontinents den Sanktionsmaßnahmen der Nato-Staaten gegen Russland angeschlossen habe. Unter diesen vier war die Insel Taiwan, die völkerrechtlich kein eigenständiger Staat ist, schon mitgezählt. Wer also zwischen den Zeilen lesen konnte (diese Fähigkeit wird heutzutage auch hierzulande immer wichtiger), wusste: Der größte Kontinent der Weltkugel macht den Kurs auf »Entkoppelung« von Russland nicht mit. Nicht nur China, sondern auch Indien profitiert im Moment durch Rabatte auf russisches Öl und demnächst wahrscheinlich auch auf russisches Gas von diesem tendenziell größenwahnsinnigen Kurs des Wertewestens. Nicht Russland wird gegenwärtig ökonomisch isoliert, sondern Westeuropa zieht sich mit den USA in eine ökonomische Schmollecke zurück.
Quelle: Manfred Sohn in Ossietzky

7. **Ukraine-Krieg: Drang zum eindeutigen Bekenntnis**
   Warum nehmen so viele Deutsche gegenwärtig gern für “die Ukraine” Partei? Das Gute und das Böse erscheinen säuberlich getrennt. Kommentar und Hintergrund
   Das Opfer gilt als absolut unschuldig und der Täter als absolut schuldig. Endlich mal an der Seite des Lichtes gegen “die Mächte der Finsternis” stehen. Endlich gibt es eine Gelegenheit, bei der eine klare Parteinahme als möglich erscheint.
   Niemand muss sich beim Ukraine-Krieg vorwerfen lassen, selbst irgendwie beteiligt zu sein (wie an der Klimakrise). Was getan werden soll, erscheint als völlig klar. Politik kann auf einmal so wohltuend unkompliziert sein. Niemand muss sich wie (z. B. bei der Umweltproblematik) über Konflikte zwischen “Reform” (“Grüne”) oder “radikalem Widerstand” (“Ende Gelände”, “Letzte Generation” u. a.) zerstreiten.
   Im Kontrast zu aller sonst verwirrenden Komplexität sowie zu allen sich überlappenden und einander widersprechenden Konfliktfronten freuen sich viele darüber, dass wenigstens bei einem Thema (Ukraine) eine ganz große Einigkeit existiert. Das neue Wir erkennt seine Übereinstimmung beim Nicken anlässlich der Signalwörter.
   Quelle: Telepolis
8. **Eine neue Generation von in den USA ausgebildeten Extremisten kämpft gegen Russland.**
   (Eigene Übersetzung)
   US-Behörden haben direkt und indirekt Nazis und Ultranationalisten im In- und Ausland ausgebildet und befähigt, die Russen in der Ukraine zu bekämpfen. Dieses

Programm folgt der Blaupause, die von westlichen Geheimdiensten in Afghanistan und Syrien erstellt wurde.
Ab 1978 (nicht ’79, wie viele glauben) beschloss die Regierung von Jimmy Carter, “die Russen in die afghanische Falle zu locken”, wie es der nationale Sicherheitsberater des Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, ausdrückte. Die US-Geheimdienste forderten ihre britischen Kollegen auf, Netze von afghanischen Kämpfern zu aktivieren. Neue Generationen von Extremisten schlossen sich dem Kampf an. Hilfe, Waffen und Ausbildung strömten nach Afghanistan. Nach der sowjetischen Invasion im Dezember 1979 nahm die Unterstützung zu.
In den 1980er Jahren wurden Zehntausende von Dschihadisten aus Dutzenden von Ländern mit muslimischer Mehrheit in die USA, nach Großbritannien und Pakistan geflogen, um dort von der CIA, den Green Berets, den US-Marines und dem britischen SAS und MI6 ausgebildet zu werden. Die ausländischen Extremisten benannten sich später in “Al-Qaida” um und verübten eine Reihe spektakulärer, blutiger Anschläge auf strategisch wichtige Ziele, die als Rechtfertigung für einen globalen “Krieg gegen den Terror” dienten, der auch heute noch als ideologischer Deckmantel für die US-Hegemonie dient.
Die milliardenschwere CIA-Operation zur Bewaffnung und Ausbildung der so genannten Freiheitskämpfer oder afghanischen Mudschaheddin wurde als Operation Cyclone bekannt. In den 2010er Jahren wiederholten die aufeinanderfolgenden Regierungen das Muster und starteten die Operation Timber Sycamore in einem gescheiterten Versuch, Bashar al-Assad in Syrien zu stürzen, und davor die Operation Mermaid Dawn in einem erfolgreichen Versuch, Muammar Gaddafi zu entfernen und Libyen zu destabilisieren.
Hete bilden die CIA, US-Spezialeinheiten und andere Regierungsstellen reguläre Einheiten in der Ukraine aus. Mit Unterstützung der USA werden rechtsextreme Elemente dieser Einheiten für paramilitärische Einheiten und Banden der Nazis ausgebildet und rekrutiert. Weiße nationalistische Amerikaner dürfen in die Ukraine reisen und paramilitärische Einheiten ausbilden und/oder eine Ausbildung erhalten, je nach Person oder Gruppe.
Quelle: The Grayzone

9. **FDP-Veteran Baum wirft seiner Partei Coronapopulismus vor**
In den vergangenen zwei Jahren waren sich Wissenschaft und Politik weitestgehend einig, dass das Coronavirus eine große Gefahr darstellt. In der Frage, ob und welche Maßnahmen zur Eindämmung ergriffen werden müssen, ging die Bewertung jedoch auseinander. Neben der AfD stellte sich im Bundestag vor allem die FDP gegen harte Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie – sehr zum Leidwesen ihres früheren Spitzenpolitikers Gerhart Baum.

Der 89-jährige Liberale hat nun den Coronakurs der aktuellen Parteiführung scharf kritisiert und ihr teils Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. Misstrauen gegenüber staatlichen Eingriffen sei zwar »ein unverzichtbares Wesensmerkmal liberaler Politik«, sagte der 89-jährige frühere Bundesinnenminister (1978 bis 1982) dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. »Aber dies darf nicht dazu führen, dass die notwendige Verantwortung für das Gemeinwohl auf der Strecke bleibt.«
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung J.K.: *Erschütternd, dass Gerhart Baum, der bis heute als einer der profiliertesten Vertreter des linksliberalen Flügels der FDP gilt und der sich bisher immer vehement für den Schutz von Bürgerrechten einsetzte, nun das autoritäre Corona-Narrativ nachplappert und behauptet, die massivsten Grundrechtseinschränkungen in der Geschichte der Bundesrepublik, Ausgangssperren und Kontaktverbote, massive Diskriminierung ungeimpfter Bürger, seien nur aus "Verantwortung für das Gemeinwohl" durchgesetzt worden. Auf die Idee die Sinnhaftigkeit der getroffenen Maßnahmen und deren Auswirkungen zu hinterfragen, kommt Baum nicht. Dass selbst bei Politikveteranen wie Gerhart Baum, die im Grunde nichts mehr zu verlieren haben, die Angst vor öffentlicher Diskreditierung, falls sie das Regierungsnarrativ in Zweifel ziehen, so groß ist, zeigt wie es um die Meinungsfreiheit in diesem Land bestellt ist.*

dazu: **Thüringens Innenminister will Coronaleugner »konsequent« als rechtsextrem einstufen**
In den vergangenen zwei Jahren Coronapandemie haben sich rechtsextreme – aber auch esoterische, christliche und linksextreme – Kreise stark radikalisiert. Neben der Ablehnung von Coronamaßnahmen einte viele die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen rund um die Pandemie. Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) hat nun dafür plädiert, bei der politischen Einordnung der »Querdenker«-Szene nachzuschärfen.
Coronaleugnerinnen und Coronaleugner müssten konsequent dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden, sagte Maier dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. »Bei der Zuordnung von politisch organisierter Kriminalität müssen wir nachschärfen, vor allem bei den Coronaleugnern.«
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung J.K.: *Die propagandistischen Vorbereitungen für die neue Repressionswelle im Herbst laufen bereits auf Hochtouren, wie man an dieser und anderen Meldung sieht. Man beachte dabei das Narrativ, wer die autoritären Coronamaßnahmen kritisiert, für deren Wirksamkeit bis heute jeder Nachweis fehlt,*

der ist nun sogar "antisemitisch". Man kann kaum glauben, dass derart absurde Zuschreibungen immer noch funktionieren sollen.

dazu auch: **Alles wie erwartet**

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Alles wie erwartet: Die Corona-Maßnahmen werden sehr wohl intensiv evaluiert. Und nun, da durchsickert, dass der dt. Politik ein übles Zeugnis droht, beginnt die Herabwürdigung der Arbeit. Die SZ schreibt, in "Fachkreisen" werde ein Entwurf "verrissen" – anonym, versteht sich. https://t.co/5jHhiLtp3R pic.twitter.com/gltSa0Kogs
>
> — Tim Röhn (@Tim_Roehn) June 7, 2022

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

10. **Tesla plant offenbar massiven Stellenabbau**
Erst drohte Elon Musk Beschäftigten im Homeoffice mit Rausschmiss, laut einem Bericht blickt er auch generell skeptisch auf die Wirtschaftslage – und will bei Tesla in großem Stil Personal einsparen.
Der Elektroautobauer Tesla beschäftigte der US-Börsenaufsicht zufolge Ende 2021 rund 100.000 Mitarbeiter. Die Zahl könnten nun deutlich schrumpfen: Bei dem Unternehmen solle jeder zehnte Job gestrichen werden, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Insider.
In einer internen Mail an Führungskräfte hat Tesla-Chef Elon Musk demnach mitgeteilt, er habe ein »sehr schlechtes Gefühl«, was die Wirtschaftsentwicklung angehe. Das Unternehmen müsse deswegen seine Belegschaft um rund zehn Prozent reduzieren. Betreff der Mail soll »Einstellungsstopp weltweit« gewesen sein. Tesla war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Christian Reimann: *Wer gedacht haben sollte, bei dem Multi-Milliardär Musk handele es sich um einen Philanthropen oder/und Visionär, dürfte nun auf den Boden der Realität zurückgekehrt sein: Er ist ein knallharter und lupenreiner Kapitalist – wie z.B. auch die Herren Bezos und Gates.*

dazu: **Elon Musk ist kein abtrünniger Außenseiter – er ist ein bedeutender Auftragnehmer des Pentagons**
(Eigene Übersetzung)
Doch hinter dieser sorgfältig aufgebauten Fassade ist Musk eng mit dem nationalen Sicherheitsstaat der USA verbunden und dient als einer seiner wichtigsten Geschäftspartner. Kurzum, Elon ist keine Bedrohung für die mächtige, etablierte Elite: Er ist einer von ihnen.
Musk, dessen geschätztes Vermögen von 230 Milliarden Dollar mehr als das Doppelte des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts beträgt, hat viel positive Publicity dafür bekommen, dass er dem Land Tausende von Starlink-Terminals gespendet hat, um der Bevölkerung zu helfen, wieder online zu gehen, nachdem die Kämpfe das Internet in weiten Teilen des Landes lahmgelegt hatten. Starlink ist ein Internetdienst, der es denjenigen, die über Terminals verfügen, ermöglicht, eine Verbindung zu einem von über 2 400 kleinen Satelliten in einer niedrigen Erdumlaufbahn herzustellen. Viele dieser Satelliten wurden von Musks Technologieunternehmen SpaceX gestartet.
Es stellte sich jedoch bald heraus, dass hinter Musks außergewöhnlicher “Spende” weit mehr steckt, als es den Anschein hat. Tatsächlich zahlte die US-Regierung SpaceX im Stillen einen hohen Preis für die Lieferung ihrer Bestände in das Kriegsgebiet. USAID – eine staatliche Agentur zur Aufstandsbekämpfung, die regelmäßig als Organisation für Regimewechsel fungiert – hat bekanntlich das Geld für den Kauf und die Lieferung von mindestens 1.330 der Terminals aufgebracht. […]
Dass die Starlinks einem militärischen Zweck dienen, ist inzwischen mehr als klar. Tatsächlich ist Starlink innerhalb weniger Wochen zu einem Eckpfeiler des ukrainischen Militärs geworden, der es ihm ermöglicht, mit Hilfe von Drohnen und anderen Hightech-Geräten, die auf eine Internetverbindung angewiesen sind, weiterhin russische Streitkräfte anzugreifen…
Dave Tremper, Direktor für elektronische Kampfführung im Pentagon, lobte SpaceX. “Wie sie das gemacht haben [die ukrainischen Streitkräfte online zu halten], war für mich atemberaubend”, sagte er und fügte hinzu, dass das US-Militär in Zukunft in der Lage sein muss, diese Agilität zu haben” […]
Musks Unternehmen hat Aufträge in Milliardenhöhe für den Start von Spionagesatelliten für Spionage, Drohnenkriege und andere militärische Zwecke erhalten. Im Jahr 2018 wurde SpaceX beispielsweise ausgewählt, um ein 500 Millionen

Dollar teures GPS-System von Lockheed Martin in die Umlaufbahn zu schießen. […]
In der heutigen Welt, in der ein Großteil der nachrichtendienstlichen Erfassung und Zielerfassung über Satellitentechnologie erfolgt, ist SpaceX für die US-Kriegsmaschinerie genauso wichtig geworden wie bekanntere Unternehmen wie Lockheed Martin und Boeing. Ohne Musks Unternehmen wären die USA nicht in der Lage, ein derart invasives Spionage- und Drohnenkriegsprogramm auf der ganzen Welt durchzuführen. […]
Noch gravierender ist jedoch, dass SpaceX aufgrund seiner Nähe zum Militär und zum nationalen Sicherheitsstaat ein wichtiges Rädchen im Getriebe des US-Imperiums ist, das es Washington ermöglicht, zu spionieren, zu bombardieren oder zu putschen, wen immer es will.
Aus diesem Grund ist ein Großteil der positiven wie negativen Hysterie über den laufenden Kauf von Twitter durch Musk fehl am Platze. Elon Musk wird Twitter weder retten noch zerstören, denn er ist kein rebellischer Kreuzritter, der das Establishment herausfordert: Er ist ein integraler Bestandteil davon.
Quelle: Mintpress

11. **Es geht los: Die erste Regierung führt digitale Bezahldaten und Kassenbons zusammen**
Für viele wirkte die Warnung bisher weit hergeholt, bald könnten staatliche Sozialingenieure zu unserem Besten oder dem von Natur oder Gesellschaft bestimmen, welche Nahrungsmittel und was sonst noch wir kaufen dürfen. Nun holt sich die erste europäische Regierung die nötigen Daten. Sie greift alle Bezahldaten und Kassenbons ab und führt sie mit Daten über die Haushalte zusammen. […]
Das norwegische Statistikamt SSB will den größten Betreiber von digitalen Bezahlterminals Nets, verpflichten, ihm alle Daten der über die Terminals abgewickelten Kartenzahlungen zu übermitteln. Sie enthalten Namen, Adressen, Kaufdatum und Preise der einzelnen Produkte.
Außerdem sollen die vier größten Einzelhandelsketten verpflichtet werden, den regierungsamtlichen Statistikerinnen und Statistikern die digitalen Kassenbelege zu übergeben, aus denen hervorgeht welche Produkte die jeweiligen Bürger gekauft haben.
Quelle: Norbert Häring
12. **Das Plastikprobem des roten Riesen**
Am Strand von Ixia auf Rhodos flattert eine zerfetzte Coca-Cola-Fahne: Pro Jahr produziert der Getränkehersteller mehr als 100 Milliarden Einweg-Plastikflaschen. Viele davon enden im Meer.
In einigen Jahren dürfte in den Meeren mehr Plastik schwimmen als Fisch. An

Stränden weltweit werden besonders häufig Deckel und Flaschen von Coca-Cola angespült. Der Megakonzern feilt an einem grünen Image – bisher ohne großen Erfolg. Seit knapp einem halben Jahrhundert zischt und spritzt es beim Drehen: Die PET-Plastikflasche wird im kommenden Jahr 50. Doch die einstige Allzweckwaffe der Getränkeindustrie hat sich längst zu ihrem größten Imageproblem entwickelt. Einer der Marktführer hat besonders mit schlechter Presse und steigendem Druck aus Politik und Gesellschaft zu kämpfen.
Obwohl der Coca-Cola-Konzern mit seinen Softdrink- und Wassermarken von Coke über Apollinaris bis Capri-Sonne weniger Umsatz macht als die Konkurrenz von Pepsi, scheint das globale Plastikproblem vor allem ein rot-weißes zu sein…
An Stränden in 45 Ländern fanden Freiwillige der Initiative insgesamt rund 330.500 einzelne Stücke Plastikmüll: 20.000 davon stammten von Flaschen und Deckeln aus dem Coca-Cola-Sortiment – mehr als von Pepsi, Unilever und Nestlé zusammen. Und auch bei der Verstreuung des Mülls heimste der Cola-Konzern den Negativrekord zum wiederholten Mal ein: An die Küsten von 39 Ländern schaffte es kein anderer Hersteller.
Quelle: t-online

13. **Orientierungslos in Beirut**
Nach der Wahl: Schwächung von Hisbollah fehlgeschlagen. Parlament gespaltener als zuvor. Ohne funktionierende Regierung kein internationales Geld
Längst ist der Libanon wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Anlässlich der Parlamentswahlen Mitte Mai blickten Medien kurzfristig auf das Land, und in westlichen Redaktionen konzentrierten sich Berichte und Kommentare auf die Hisbollah und deren Verbündete als vermeintlicher Hauptfaktor für die instabile Lage im Land.
Das Wahlergebnis hat jedoch gezeigt, dass weniger die »Waffen der Hisbollah« als vielmehr das Überleben im Alltag für die Bevölkerung von Bedeutung ist. Nur 41 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. […]
Die orientierungslosen Sunniten spalteten sich in zahlreiche »Für Beirut«-Parteien auf, die sich gegenseitig die Stimmen streitig machten. Andere folgten dem Boykottaufruf Hariris, wieder andere fanden sich auf Listen wieder, die den »Wandel« propagierten. Viele dieser Listen erhielten Geld und Unterstützung aus den USA, Europa, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, mit dem Ziel, dem Bündnis um die Hisbollah, die unter anderem vom Iran finanziert werden, möglichst viele Stimmen zu nehmen. Zwar verloren die mit der Hisbollah verbündeten Parteien Amal und Freie Patriotische Bewegung tatsächlich Sitze im Parlament, die Hisbollah selber aber bestand die Wahlen wie ein Fels in der Brandung. […]
Die Bildung einer Regierung ist Voraussetzung dafür, dass ein von IWF und Weltbank

vorgeschlagener Finanzplan – der von den USA und der EU unterstützt wird – zum Wiederaufbau der weitgehend funktionsunfähigen staatlichen Institutionen vereinbart werden kann. Dabei ist die Aufnahme neuer Schulden über IWF und Weltbank im Libanon umstritten. Das Land habe Gas und sei reich genug, um sich wirtschaftlich zu stabilisieren, stellte die unabhängige Kandidatin Buschra Al-Khalil Mitte Mai im Gespräch mit jW klar. Die Rechtsanwältin, die im Bezirk Tyr (Südlibanon) nicht zum ersten Mal als Unabhängige kandidierte, erhielt zwar nicht genügend Stimmen, um in das neue Parlament einzuziehen, doch ihre Ablehnung gegenüber weiteren Geldzahlungen der US-kontrollierten internationalen Geldinstitutionen wird von vielen geteilt. Wichtig sei es, das Bildungssystem zu stabilisieren, landwirtschaftliche und industrielle Produktionsbetriebe aufzubauen. Zudem müsse endlich das Gas vor der Küste des Libanon gefördert werden, so Al-Khalil.
Der Streit mit Israel um die Abgrenzung der Gasfelder im östlichen Mittelmeer dauert seit mehr als 20 Jahren an und hindert den Libanon daran, die mit verschiedenen Energiefirmen aus Italien, Frankreich und Russland vereinbarte Förderung zu beginnen.
Quelle: Karin Leukefeld auf junge Welt

14. **Rekordverdächtige Menge an Methamphetaminpillen in Asien beschlagnahmt**
(Eigene Übersetzung)
Einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge wurden im vergangenen Jahr in Ost- und Südostasien mehr als eine Milliarde Methamphetamin-Pillen beschlagnahmt. Der illegale Markt für synthetische Drogen entwickelt sich in Ost- und Südostasien ständig weiter, wobei jedes Land in der Region Methamphetamin als die Droge angibt, die ihm am meisten Sorgen bereitet, so die Vereinten Nationen.
Dem UN-Bericht zufolge wurde der Großteil der 171,5 Tonnen beschlagnahmten Methamphetamins in Südostasien gefunden, vor allem in der unteren Mekong-Region, die Kambodscha, Laos, Myanmar, Thailand und Vietnam umfasst.
Der Großteil der Methamphetaminproduktion konzentriert sich auf das Goldene Dreieck – wo die Grenzen von Thailand, Laos und Myanmar aufeinandertreffen – vor allem im Shan-Staat in Myanmar.
Methamphetamin ist billiger und leichter zugänglich als je zuvor in Südostasien, wo sich die Drogenkartelle die politische Instabilität in der Region zunutze gemacht haben. So wurden beispielsweise einige Grenzregionen Myanmars nach dem Staatsstreich vom Februar 2021 im Wesentlichen gesetzlos, was den Drogenschmuggel in Nachbarländer wie Thailand einfacher denn je machte, so der Regionalbeauftragte des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, Jeremy Douglas. […]
Der illegale Drogenhandel boomt, obwohl in Südostasien einige der strengsten

Drogengesetze der Welt gelten. Auf einige Drogendelikte steht in Singapur, Indonesien und Vietnam die Todesstrafe. […]
Der Missbrauch einer bestimmten Art von synthetischem Methamphetamin – "Ya Ba" oder "Crazy Drug" – verursacht in der thailändischen Gesellschaft weiterhin erhebliche Probleme. […]
Organisierte Verbrecherbanden nehmen Kambodscha zunehmend für die Herstellung synthetischer Drogen ins Visier.
Quelle: The Thaiger

15. **Sorgfalt unerwünscht**
Das Erste, was ein angehender Journalist in der Journalistenschule lernt, ist der sorgfältige Umgang mit Quellen. Aus welchem Blickwinkel berichtet eine Quelle? Welche Interessen könnten Personen oder Institutionen leiten, die Journalisten Auskunft geben?
Jeder Journalistenschüler bekommt das Prinzip der Quellenvielfalt als grundlegende Basis jeglicher Berichterstattung eingehämmert. Quellenvielfalt bedeutet, dass eine Nachricht von mindestens zwei voneinander unabhängigen Quellen bestätigt werden muss, bevor sie publiziert werden darf. Je schwerer Vorwürfe wiegen, desto wichtiger wird die Quellenvielfalt. Die Landespressegesetze verpflichten Journalisten, sämtliche Nachrichten vor ihrer Veröffentlichung auf Echtheit zu überprüfen – die viel zitierte „journalistische Sorgfaltspflicht".
Ob die Redakteure beim „Spiegel" und „Bayerischen Rundfunk" je eine Journalistenschule von innen gesehen haben? Die Frage drängt sich auf, wenn man deren, nun ja, „Berichterstattung" über die „Xinjiang Police Files" auswertet.
Diese Datensätze sollen von einem „anonymen Hacker" stammen. Ist wenigstens den Chefredakteuren bekannt, wer das ist, woher der kommt, wie er seine Fähigkeiten erworben hat, was ihn motiviert, wer ihn bezahlt? Adrian Zenz hat die Daten an die Presse übermittelt. Der wird den Lesern knapp als „deutscher Anthropologe" und „Chinaexperte" vorgestellt. Ein paar Minuten Online-Recherche reichen aus, um festzustellen: Dieser evangelikal verblendete Pseudowissenschaftler wird von antikommunistischen Think-Tanks und fragwürdigen Bibelschulen finanziert. Ein einziges Mal war er in Xinjiang. 2007, als Tourist. […]
Starke Indizien also, Zenz als unzuverlässige Quelle einzustufen und alles, was von ihm kommt, besonders sorgfältig zu überprüfen. Umso mehr, als Zenz die chinesische Regierung gleich des Genozids bezichtigt.
Doch was so wunderbar in das verschrobene eurozentristische Weltbild vieler Redakteure bürgerlicher Medien passt und politisch erwünscht ist, wird gerne geglaubt.
Quelle: unsere zeit

dazu: **China, Xinjiang und der Genozid**
Quelle: NachDenkSeiten